



In Giesen wird alles für die Wiederaufnahme des Kaliabbaues vorbereitet – bleibt es dabei?

Foto: Veit

Sollte KfW-Bank die Übernahme verhindern? / SPD-Politiker kritisiert Konzern

# K+S kann offenbar nicht auf Staatshilfe hoffen

(lv) Kassel/Giesen. Der Salz- und Düngemittelhersteller Kali und Salz (K+S) wehrt sich weiter gegen das Übernahmeangebot des kanadischen Konkurrenten Potash. Offenbar hat K+S dabei auf staatliche Unterstützung gehofft. Nach Informationen des Handelsblattes habe sich K+S an Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gewandt. Dabei sei ein Einstieg der staatlichen KfW-Bank im Gespräch gewesen. Demnach hätte die KfW K+S-Aktien kaufen sollen, um eine Sperrminorität aufzubauen.

Am Donnerstag wiederum meldete die Zeitung „Die Welt“, dass aus den Plänen offenbar nichts werde. Auch das Handelsblatt zitierte den stellvertretenden Vorsitzenden der Unions-Fraktion, Michael Fuchs, mit den Worten: „Ich lehne eine Staats-

beteiligung bei K+S durch direkte Maßnahmen oder indirekt durch die KfW ab“. Unterstützung hatte zuvor die hessische Politik signalisiert. Im dortigen Landtag gibt es den Verdacht, dass die Kanadier vor allem Kapazitäten von K+S aus dem Markt nehmen wollen – Arbeitsplatzverluste könnten die Folge sein.

Wie berichtet, hatte der Konkurrent Potash 41 Euro pro Aktie geboten, das entspricht einem Konzernwert von rund 7,8 Milliarden Euro. Der K+S-Vorstandsvorsitzende Norbert Steiner hatte das Angebot als „nicht angemessen“ zurückgewiesen. Im Landkreis Hildesheim ist die geplante Wiederaufnahme des Kaliabbaues in Siegfried-Giesen derzeit das größte K+S-Projekt. Hier sollen eine halbe Milliarde Euro investiert und

500 bis 700 Arbeitsplätze geschaffen werden. Um das Jahr 2020 könnte eine neue Fabrik in Betrieb gehen – für voraussichtlich 40 Jahre.

Der niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete Ronald Schminke hat die Notlage für scharfe Kritik an Kali und Salz genutzt. „K+S muss bei der Standortsicherung geholfen werden, aber nur unter strengen Auflagen“, erklärte der Politiker. Es gebe nun die einmalige Chance, wirtschaftliche Standortsicherungen mit der Einhaltung von Umweltstandards zu verbinden. „In der Berichterstattung der vergangenen Wochen konnte der Eindruck entstehen, als wäre der Kasseler Konzern ein Vorreiter in Sachen Umweltschutz. Exakt das Gegenteil ist bisher nachweislich der Fall gewesen“, so Schminke.